

3. Weiterer Aufbau der Arbeit und Forschungsstand

So much about post-communist Russia is unfinished and unsettled.

RICHARD PIPES, 1997

3.1 AUFBAU DER ARBEIT

Im folgenden Abschnitt soll die vorliegende Arbeit in den wissenschaftlichen Kontext eingebettet und der Forschungsstand skizziert werden. Es wird sich zeigen, dass sie sich an der Schnittstelle verschiedener Forschungsstränge und Disziplinen befindet. Ausgehend von der Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe, sollen daher vor dem Einstieg in die Empirie einige methodische Gedanken vorangestellt werden. Gerade die Frage nach der Anwendung Laclau'scher Konzepte wirft immer wieder Fragen auf und provoziert umfangreiche Diskussionen. Damit wird sowohl der theoretische als auch der analytische Rahmen komplettiert (Kapitel 4). Es folgt eine erste Analyse der Dislokation des sowjetischen Diskurses anhand der Auswertung von Sekundärliteratur und von exemplarischen Primärtexten (Teil II/Kapitel 5). Ziel ist es, die verschiedenen Ebenen der sozialen Krise und die problembeladene Repräsentierbarkeit von „Demokratie/Marktwirtschaft“ im späten sowjetischen und frühen russischen Diskurs sowie die Brüche in der nationalen Identitätskonstitution nachzuvollziehen. Der dritte Teil der Arbeit erschließt die Schlüsselforderungen im offiziellen Diskurs. Sie wurden erarbeitet durch eine Analyse von Parteiprogrammen im Zeitraum 2001-2007 (Kapitel 6), von Vladimir Putins Reden vor der Föderationsversammlung (Kapitel 7) und von Basistexten zur souveränen Demokratie (Kapitel 8).

Der Teil IV der Dissertation stellt die Ergebnisse der Analyse des erweiterten politischen Diskurses sowie der während des Feldaufenthaltes in Russland geführten Interviews vor, gegliedert nach den Artikulationen politischer (Kapitel 9) und nationaler Identität (Kapitel 10) im offiziellen Diskurs. Kapitel 11 schließlich befasst sich mit gegen-hegemonialen Artikulationen politischer und nationaler Identität.

3.2 FORSCHUNGSSTAND

Die vorliegende Arbeit lässt sich nicht eindeutig einem Forschungsgebiet zuordnen. Sie befindet sich vielmehr an der Schnittstelle verschiedener Gebiete. Drei lassen sich grob unterscheiden: a) Demokratisierungsforschung, insbesondere über Russland; b) Nationalismusforschung, speziell die Beleuchtung der Wechselbeziehung Demokratisierung-Nationalismus; c) hegemonietheoretisch geleitete Diskursanalyse (nach dem Laclau-Mouffe'schen Modell).

3.2.1 Demokratisierungsforschung

Auffallend ist, dass viele Arbeiten zur russländischen Transformation tagespolitisch orientiert und theoretisch wenig begründet sind. Stattdessen setzen sie die „Kreml-Astrologie“ des Kalten Krieges fort, bemühen verbrauchte Konzepte oder prägen wenig aussagekräftige Neologismen.

Spanger (2004: 14ff.) unterscheidet bei der Untersuchung der russländischen politischen Entwicklung vier vorherrschende Konzepte, die nach wie vor Anwendung finden: Zwei, die mit kulturalistischen Argumenten oder unter Verweis auf die Besonderheiten des russländischen Transitionsmodus zu Alarmismus neigen sowie zwei weitere, die in der Tradition von Modernisierungstheorie beziehungsweise politischer Ökonomie gelassener argumentieren.

Zu der ersten Kategorie gehört Richard Pipes (2006). Er begründet die demokratischen Defizite damit, dass die Bevölkerung Russlands keine Demokratie wolle. Aus verschiedenen (von ihm) ausgewählten und angeführten Erhebungen der öffentlichen Meinung ginge hervor, dass die Russen ein autoritäres Staatsverständnis hätten und Demokratie skeptisch bis ablehnend betrachten. Diese Positionierungen haben für Pipes eine einzige Ursache: Die russische kulturelle Prägung. Er geht weit zurück in die Geschichte Russlands, verweist auf die undemokratischen Traditionen, auf die Isolation von Europa, die mongolische Periode, die Dorfgemeinschaft, kollektivistische Neigungen sowie auf das Fehlen von Renaissance und Aufklärung. Eine unveränderliche kulturelle Prädispo-

sition wird für die mangelnde Demokratisierung Russlands maßgeblich verantwortlich gemacht. In eine ähnliche Richtung gehen viele Publikationen, die mit Umfragewerten arbeiten und damit versuchen, eine vermeintliche Inkompatibilität der „russischen Kultur“ mit der westlichen Demokratie zu belegen.

Diese kulturalistische Argumentation ist von mindestens zwei Seiten angreifbar. Zum einen gibt es auch Umfragen, die genau das Gegenteil belegen, nämlich, dass die russländische Öffentlichkeit Demokratie als etwas durchaus Wichtiges und Erstrebenswertes betrachtet (Petukhov & Ryabov 2004). Damit kritisiert man aber nur das „Symptom“ der Argumentation von Pipes. Kernproblem ist, dass (politische) „Kultur“ und politische Identitäten essentialistisch als etwas über die Zeit Stabiles und Unveränderliches betrachtet werden. Hier wird die vorliegende Arbeit eine entgegengesetzte Position einnehmen: Politische Identitäten sind *labil*, permanent umkämpft und immer nur vorläufig fixierbar. Ihre Stabilisierung beruht auf komplexen, diskursiven Voraussetzungen.

Nicht die kulturelle Prägung, sondern die Entscheidungen, mit denen die politische Elite den Übergang bestimmt hat, werden von jenen Forschern in den Mittelpunkt gestellt, welche die Ursachen für die heute fehlende Demokratie im Transitionsmodus festmachen. So rücken sie bestimmte Persönlichkeiten in den Mittelpunkt der Betrachtung. Buchtitel wie *Gorbatschows Revolution von oben* (Mommsen), *Yeltsin's Russia* und *Putin's Russia* (beide Ševcova) sowie *Gorbachev, Yeltsin, and Putin: political leadership in Russia's transition* (Brown/Ševcova) sind bezeichnend. Der Beginn der Transition wird Michail Gorbachëv zugeschrieben, während dessen Amtszeit eine Liberalisierung eingeleitet wurde, die eine Vielzahl demokratisch orientierter Kräfte produzierte. Diese post-sowjetischen Demokraten der ersten Stunde, die mit El'cin an die Macht kamen, waren vorrangig bestrebt, die alte politische Ordnung zu überwinden, verfügten aber über keinen gemeinsamen Plan zur Entwicklung und Sicherung der Demokratie. Was für El'cin gegolten habe, gelte in verstärktem Masse auch für „Putins Russland“. Putin habe das „System El'cin“ konsolidiert, Parteien, Medien und Oligarchen aus- oder gleichgeschaltet und dem Präsidentenamt und seiner Administration eine überragende Position im institutionellen Aufbau des Landes gegeben beziehungsweise diese verstärkt. (Hashim 2005; Mommsen 2004; Shevtsova 2004, 2005, 2006; Steen & Gelman 2003)

Diese Betrachtung verkürzt jedoch die gesamte politische Entwicklung auf die Intentionen von Eliten oder einzelner Politiker, die einen „Transitionsmodus“ geprägt hätten beziehungsweise prägen. Dabei werden Eliten überschätzt und der strukturelle Kontext ausgeblendet, in denen das Handeln von Akteuren eingebettet ist. Blickt man hinter die akteurszentrierte Fassade, kristallisieren sich folgende Unterschiede zwischen der „Periode El'cin“ und der „Periode Putin“ heraus:

1. das Ende des polyzentrischen – und damit auch pluralistischen – Systems El'cins; 2. die Einschränkung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten; 3. die weitverbreitete Zustimmung zu Politiken der „staatlichen Kräfte“; 4. eine Stabilisierung der russländischen Gesellschaft auf mehreren Ebenen während der Präsidentschaft Putins.

Modernisierungstheoretiker lenken ihren Blick dagegen auf strukturelle Voraussetzungen – jedoch weniger auf institutionelle, als vielmehr auf sozioökonomische. Die demokratischen Defizite werden gesehen „als Ausfluss der spezifischen sozioökonomischen Bedingungen, die Russland von der Sowjetunion geerbt hat und zugleich mit einer großen Zahl vergleichbar entwickelter Länder teilt“ (Spanger 2004: 17). Die Russländische Föderation sei unter den gegebenen sozioökonomischen Bedingungen ein „normales Land“ (Shleifer & Treisman 2004). Erst wenn sich diese sozioökonomischen Bedingungen verändern und das Land einen Modernisierungsprozess durchläuft, wird auch die Demokratisierung nicht mehr blockiert sein (Medvedev 2004).

Diese Argumentationsweise ist theoretisch wie politisch unbefriedigend. Der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Demokratie ist ein klassisches Thema in der politischen Soziologie, das seit Seymour Martin Lipset (1959) kontrovers diskutiert wird. Eine modernisierungstheoretische Verkürzung auf einen vorgegebenen Pfad demokratischer Entwicklung ist wegen ihrer teleologischen Implikationen hochgradig problematisch. Viele „Transitionsländer“ oder „Transformationsländer“ befinden sich nicht auf dem Weg zur westlichen Demokratie, sondern verharren in einer Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur. Genau diese Zone der Unentscheidbarkeit soll im Fall der vorliegenden Arbeit als Terrain für die Konstruktion neuer hegemonialer Demokratiediskurse untersucht werden.

Der vierte und letzte Argumentationsstrang konzentriert sich auf die ökonomische Entwicklung und auf deren Folgen für die Demokratisierung. Demnach habe die „Oligarchisierung des Kapitalismus“ in Russland auch die Demokratisierung behindert. Liberalisierung sei unter El'cin vor allem ökonomisch verstanden worden und sei deswegen politisch problematisch gewesen (Mangott 2002). Entsprechend positiv werden die Eingriffe bewertet, die nach Amtsübernahme Putins vollzogen wurden: Zugute müsse Putin gehalten werden, dass er viele unter El'cin entstandene Pathologien revidiert, nicht zuletzt die Gefahr des *state capture* eingedämmt und dubiose Privatisierungen zurückgenommen habe (Müller 2003: 1454).

Diese Position greift noch kürzer als die vorherige. Letztlich beschränkt sie sich auf eine ökonomische Analyse. Die „Pathologien“ mögen teilweise revidiert worden sein. Doch der dafür gezahlte Preis, namentlich eine starke Reduzierung

des Pluralismus und eine Machtkonzentration in wenigen Händen, wird vernachlässigt.

Der vielversprechendste Ansatz bleibt – trotz aller Defizite und trotz der Verwendung des Transitionsbegriffs – derjenige, der auf den Transitionsmodus abzielt. Dies gilt insbesondere deswegen, weil er es erlaubt, auch andere der angeführten Argumentationslinien aufzunehmen. Die vorliegende Arbeit strebt aber einen gesellschaftstheoretischen und methodologischen Perspektivenwechsel an, der die Offenheit der Entwicklung noch stärker betont (als der zunehmend verbreitete Begriff der „Transformation“, der aber – wie gezeigt – nur zu oft immer noch „Transition“ meint), um so die diskursiven Kämpfe um die Artikulation eines neuen Demokratiediskurses untersuchen zu können.

3.2.2 Erforschung der Beziehung Demokratisierung und Nationalismus in Osteuropa

Systematische Ausarbeitungen des Themas fehlen weitgehend. Eine Ausnahme bildet der Versuch von Harris (2002). Harris beschreibt eingehend die gewachsene Bedeutung des Nationalismus in Osteuropa nach 1989/90. Vielerorts füllte er das identifikatorische Vakuum nach dem Kollaps der kommunistischen Ordnung, kompensierte Unsicherheiten und ermöglichte eine Mobilisierung der Bevölkerung (Harris 2002: 15). Wie andere Autoren auch, unterscheidet sie einen „staatsbürgerlichen Nationalismus“, der (nach einem territorialen Prinzip) alle Staatsbürger einschließt, von einem „ethnischen Nationalismus“, der die Zugehörigkeit zu einer Nation nach der Abstammung definiert. Die Rolle, die Nationalismus im Hinblick auf eine Demokratisierung spielt, kann also positiv oder negativ sein und ist unter anderem abhängig von seinem exkludierenden (ethnischer Nationalismus) oder inkludierenden Charakter (staatsbürgerlicher Nationalismus). Allerdings betont die Autorin auch, dass diese Unterscheidung rein akademisch sei und in der osteuropäischen politischen Praxis beide Formen koexistieren.

Der Sammelband von Lecours und Moreno (2010) befasst sich in einzelnen Beiträgen nicht nur mit Nationalismus und Demokratie, sondern auch mit Nationalismus und Demokratisierung. Elena Meleškina untersucht verschiedene *Nation-building*-Strategien im postsowjetischen Raum und identifiziert insbesondere den Aufbau einer staatsbürgerlichen nationalen Identität und den Ausschluss von Minderheiten vom *Nation-building* als Alternative. Überraschenderweise unterstreicht sie für den ersten Fall die Bedeutung von Homogenisierungs- und Standardisierungsprozessen. Die Identifikation mit der „politischen Gemeinschaft“ ist der Fokus des Beitrages von Martínez-Herrera. Er schlägt einen mög-

lichen aber nicht notwendigen positiven Zusammenhang zwischen erfolgreicher Demokratisierung und dieser Identifikation mit vor. Insgesamt zeichnet er ein sehr normatives Bild des postulierten Zusammenhanges.

Tuminez (2000) beleuchtet die historische Entwicklung des russischen Nationalismus seit 1856 und dessen Einfluss auf die Außenpolitik. In den letzten Kapiteln ihres Buches geht die Autorin auf den Charakter des Nationalismus in der UdSSR und im postsowjetischen Russland ein. Sie erarbeitet, wie die Liberalisierung unter Gorbachëv auch dem Nationalismus neue Spielräume eröffnet habe und wie Glasnost und Perestroika dem wenig entgegenstellen konnten. Tuminez zeigt auf, wie nach 1991 ein tiefes Gefühl der Demütigung, bei den politischen Eliten und in der Bevölkerung, dem Nationalismus weiteren Auftrieb verschafft und ihn zu einer wichtigen politischen Strömung gemacht hat. Tuminez betrachtet am Rande auch die Implikationen für die Demokratisierung. Die verbreitetste Form des Nationalismus, wie sie auch von Putin vertreten werde, sei der „Etatismus“ (Tuminez 2000: 191ff.). In seiner moderaten Variante versuche er, Demokratie und Patriotismus zu vereinbaren, auch wenn autoritäre Perioden nicht ausgeschlossen werden. Im Mittelpunkt stehen aber vor allem das Bestreben nach einem starken russischen Staat, nach einem einheitlichen Territorium und einer einheitlichen Sprache. Ein „aggressiver Etatismus“ dagegen sei geprägt von Isolationismus sowie einer starken Skepsis gegenüber dem Westen und der Demokratie.

Auch Oracheva (1999) unterstreicht die gewachsene Bedeutung des russischen Nationalismus nach dem Zusammenbruch der UdSSR. Sie versucht, einen Satz von Werten herauszuarbeiten, den alle radikalen nationalistischen Gruppierungen in Russland teilen. Oracheva identifiziert unter anderem: den Glauben an die russische Außerordentlichkeit, oft verwoben mit einer wiederbelebten „Russischen Idee“ sowie Xenophobie, Faschismus, Rassismus, Imperialismus sowie den Glauben an Verschwörungstheorien. Obwohl die Autorin hier – im Gegensatz zu Tuminez (2000) – eine recht undifferenzierte Analyse vornimmt, arbeitet sie dennoch heraus, dass der russische Nationalismus viele antidemokratische Elemente enthält.

Dagegen betont Sandle (1999) die Vielfalt und Komplexität des russischen Nationalismus. Er untersucht die Debatte um die russische Identität in der Intelligenzija. Diese Debatte sei nicht nur Ausdruck einer Identitätskrise. Sie widerspiegle auch eine intellektuelle Krise. Sandle zeigt – und dies ist ein wesentlicher Punkt –, dass der Begriff „Russland“ mit einer Vielzahl von umstrittenen und miteinander konkurrierenden Bedeutungen belegt ist. Bei Sandle erscheint problematisch, dass er sich auf die Intelligenzija konzentriert und andere, insbesondere politische, Akteure außer Acht lässt.

Insgesamt wird die vorliegende Arbeit zwar auf einige der angesprochenen Ansätze zurückgreifen, dabei aber viel stärker die Artikulation der Nation in ihrer Verwebung mit der Demokratie analysieren und den Fokus auf Identitäten und deren Wandel verschieben. Innovative Vorarbeiten wurden hier bereits von Hopf (2002) und Müller (2009a) geleistet.

3.2.3 Hegemonietheoretische Diskursanalyse als theoretischer Rahmen

„In der Politikwissenschaft [...] gibt es erst seit den neunziger Jahren spärliche Ansätze einer systematischen Ausarbeitung des Diskursbegriffs. In der Soziologie gilt ähnliches“ (Keller et al. 2001: 10f.). Besonders Arbeiten, die den Diskursbegriff von Laclau und Mouffe verwenden und „empirisch“ damit arbeiten, sind selten. Laclau und Mouffe verstehen unter Diskursen ein strukturiertes Terrain, das durch die kontingente Artikulation differenter, sprachlicher und nicht-sprachlicher Elemente immer nur vorläufig fixiert werden kann, und auf dem Bedeutungen kontinuierlich neu verhandelt werden (Laclau und Mouffe 2001; Stäheli 1998, 1999, 2005; Torfing 1999: 85ff.). Wenn Diskurse Gesellschaft zu konstituieren versuchen, dann ist Gesellschaft „unmöglich“ (Laclau 1990: 89ff.) – dann kann Gesellschaft keine geschlossene Totalität darstellen, sondern ist eine symbolische Ordnung, die immer wieder durch hegemoniale Diskurse vorläufig fixiert wird (Sarasin 2001: 67f.). Wie die folgenden Beispiele zeigen werden, sehen Laclau und Mouffe im Politischen jenen Ort, in dem hegemoniale Kämpfe um die Besetzung von Bedeutungen ausgetragen werden. Doch abgesehen von diesem kleinsten gemeinsamen Nenner, werden auch die Heterogenität der Themen und Ansätze und die Schwierigkeiten deutlich, die sich ergeben, möchte man den theoretischen Rahmen in eine empirische Analyse münden lassen.

Die nachfolgende, weiterführende Diskussion des Forschungsstandes in diesem Bereich soll verbunden werden mit einer Auslotung möglicher methodischer Herangehensweisen in Kapitel 4.

